

5. Mai 2023, PRESSEKONFERENZ: Statement von ÜLKÜ SÜNGÜN

- Beraterin für die Konzeptions- und Machbarkeitsstudie über ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Südwestsachsen
- weitere Infos: <http://ulkusungun.info/>

Liebe Anwesende und Zugeschaltete,

vielen Dank für Ihr Interesse.

Als unabhängige Beraterin der Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex möchte ich zunächst gerne meine Beobachtungen zum Prozess sowie einige kritische Anmerkungen mit Ihnen teilen, bevor ich mit den Forderungen und Wünschen der Angehörigen der NSU-Mordopfer und den Überlebenden der Anschläge abschließe.

Vorab: Mein und unser aller Dank gilt den Angehörigen der NSU-Mordopfer und den Überlebenden der Anschläge. Wenn sie ihre Erfahrungen und ihren Schmerz nicht mit uns geteilt hätten, Ihre Kritik und Forderungen nicht öffentlich gemacht hätten, wenn sie nicht ihre bis heute andauernden Kämpfe um lückenlose Aufklärung, Gerechtigkeit, Anerkennung und Entschädigung ausgetragen hätten, stünden wir nicht an dem Punkt an dem wir uns heute befinden. Ihr Wissen ist Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Aufarbeitung der Taten an den blinden Flecken der deutschen Gesellschaft. Trotz gravierenden gesundheitlichen und psychischen sowie ökonomischen Langzeitfolgen des Verlustes ihrer Angehörigen und dem Erlebten, zeigen sie seit nun mehr als 20 Jahren einen unermüdlichen und oft ehrenamtlichen Einsatz und erinnern an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiese Wetter. Dieses Engagement muss endlich umfänglich gesehen, gewürdigt und anerkannt werden.

Mit den Überlegungen für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Sachsen, besteht nun die Aussicht darauf, dieses Wissen institutionell abzusichern und zu archivieren, es mit wissenschaftlicher und historischer Expertise sowie künstlerischen Ansätzen flankiert, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Ziel ist es, die Ereignisse um den NSU-Komplex und deren Folgen für die Betroffenen sichtbar in deutsche Geschichte einzuschreiben und damit zu einem Transformationsprozess beizutragen. Als Herkunftsland der Täter*innen mit Ermöglichungs- und Unterstützer*innenstrukturen eines Jahrzehnts rechten Terrors übernimmt Sachsen mit dieser Studie eine Vorreiterrolle. Es bleibt zu hoffen, dass andere Länder diesem Beispiel folgen und es ein bundesweites Anliegen wird. Gleichzeitig geht mit der Studie eine große Verantwortung einher. In den die Pressekonferenz vorbereitenden Treffen mit Angehörigen und Überlebenden gab es ein großes Interesse und Zustimmung für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex und damit verknüpfte hohe Erwartungen.

Eine Kontinuität und Verstetigung in der Auseinandersetzung und Erforschung wird von allen angestrebt: Unabhängig von einer Gedenktagskonjunktur soll an die NSU-Opfer und Überlebenden und die gescheiterte lückenlose Aufklärung erinnert, das Gedenken in die gesamte Gesellschaft hineingetragen werden. Die von den Betroffenen geforderte und immer noch ausstehende lückenlose Aufklärung des NSU-Komplexes muss dabei vom Dokumentationszentrum als Auftrag verstanden werden. Gamze Kubaşık z.B. wurde ihre Frage, warum ihr Vater sterben musste, bis heute nicht beantwortet. Das Gedenken muss lebendig gehalten werden, anstatt mit dem Aufbau eines Dokumentationszentrums wohlmöglich die Diskussionen darüber abzuschließen. Betroffene müssen als mündige Akteur*innen zentral und stimmberechtigt an allen Entscheidungsprozessen der Ausgestaltung eines solchen Dokumentationszentrums mit eingebunden und in ihren Gremien vertreten sein. Ihre bisherige Bildungsarbeit, ihre Leistungen durch den Aufbau von Gedenk- und Begegnungszentren in den Tatortstädten muss unbedingt anerkannt, eingebunden und honoriert werden, statt Betroffene lediglich als Erfahrungsträger*innen zu betrachten und zu Objekten von Ausstellungen zu machen, akademische Hürden für die politische Mitarbeit aufzustellen und ihr Wissen abzuschöpfen oder gar zu instrumentalisieren.

Der Umgang der Betroffenen mit dem Erlebten ist höchst individuell, die Erwartungen an ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex sind daher unterschiedlich gewichtet. Die äußeren Ansprüche an Struktur, Funktionen und den Ort eines Dokumentationszentrums seitens aller Interessierten scheinen teilweise widersprüchlich. Die Sachlage ist komplex und folgerichtig ist die Deutungshoheit umkämpft. Dieses Projekt ist daher nichts für parteipolitische Schnellschüsse und Erfolge, die einer Legislaturperiodenlogik folgen. Dieser Weg braucht viel Zeit, ist mühsam, muss prozess- und konsensorientiert und transparent verlaufen. Sie sollte bestenfalls von einem konstanten sowie mandats- und regierungsunabhängigem Engagement durch die Politik begleitet werden.

Der nachhaltige Erfolg eines Dokumentationszentrums, ist wesentlich von der Unterstützung und der Akzeptanz der Betroffenen abhängig, sie legitimieren dieses Zentrum erst. Die Machbarkeitsstudie hat es geschafft, das Interesse der Betroffenen zu wecken und erneut Hoffnungen zu schüren und damit geht eine große Verantwortung einher. Ich spreche hier von Menschen, denen ihre Angehörigen, ihre Gesundheit ihre Existenz genommen wurde. Sie wurden zudem mehrfach enttäuscht von den einseitigen und rassistischen Ermittlungen, den Medien und letztendlich durch die Gesamtgesellschaft. Nach der sog. Selbstenttarnung des Trios wurden sie am Ende eines jahrelangen, kraftzehrenden Prozesses und verschiedener Untersuchungsausschüsse erneut enttäuscht. Ihre Wünsche und Forderungen wurden oft überhört, stets wurden sie getröstet. Die Akten bleiben verschlossen und Unterstützer*innenstrukturen des Terrors unaufgeklärt, Hanau, Halle und Kassel folgten. Manche Angehörigen sind resigniert, haben keine Kraft oder wollen endlich abschließen und distanzieren sich, dies gilt es zu respektieren – aber auch dieses Schweigen

ist politisch. Manche jedoch haben die Kraft weiterzukämpfen für eine kommende offene Einwanderungsgesellschaft und werden dabei unterstützt durch solidarische Menschen.

Das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex ist längst überfällig und notwendig, um gemeinsam mit den Betroffenen die Erinnerung an die Opfer aufrecht zu erhalten und Aufklärungsarbeit zum NSU-Komplex einzufordern und zu leisten. Das Dokumentationszentrum bietet die einmalige Gelegenheit es endlich einmal richtig zu machen, und allen Bedarfen gerecht zu werden, Vertrauen wiederherzustellen und Heilung zu ermöglichen. Wenn diese Verantwortung nicht ernst genommen wird, besteht die Gefahr einer weiteren Enttäuschung.

Ich möchte nun gerne die ausdrücklichen Wünsche der Betroffenen wiedergeben, die an den die Pressekonferenz vorbereitenden Treffen und Gesprächen beteiligt waren. Ich fungiere hier keinesfalls als Sprecherin oder Repräsentantin der Betroffenen, sondern überbringe lediglich in Absprache einige ihrer Wünsche:

- Das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex soll als Knotenpunkt in einem Gedenk-, Aufarbeitungsnetzwerk fungieren und die bereits bestehenden aktiven NSU- Aufarbeitungsinitiativen und - Begegnungsstätten u.a. in Dortmund, Köln, München, Kassel, Nürnberg integrieren und diese mit angegliederten Stellen und Ressourcen versorgen.
- Es soll ein Ort für politische Bildungsarbeit werden. Als Zielgruppen angedacht sind hierbei insbesondere junge Menschen, aber auch Beamt*innen in Polizei und Verwaltungsbehörden, sowie viele andere Interessierte.
- Es soll für die Betroffenen Gelegenheit bieten, zu Wort zu kommen und die Geschichte der Opfer, Überlebenden und der Angehörigen aus ihrer Perspektive zu vermitteln.
- Ausgehend von den NSU-Morden braucht es eine Kontextualisierung rechten Terrors in Deutschland, um Kontinuitäten herauszuarbeiten. Auch der strukturelle, der institutionelle und gesamtgesellschaftliche Rassismus soll thematisiert werden, unter dem viele Angehörige bis heute leiden.
- Das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex soll auch ein Ort sein, um die vom NSU-Komplex Betroffenen miteinander zu vernetzen und ihnen Handlungsmöglichkeiten in geschützten Räumen zu eröffnen. Nach Außen sollte es als zentraler Anlaufpunkt wirken.
- Betroffene, die sich engagieren wollen, müssen hierbei unterstützt und ggf. in politischer Bildungsarbeit fortgebildet werden. Auch Sprachbarrieren müssen abgeschafft werden: das Dokumentationszentrum sollte idealerweise ein mehrsprachiger Ort werden.

- Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex sollte Lehrmaterial zum NSU-Komplex erarbeiten, bestehende Publikationen und Medien verfügbar machen und ggf. für Schulen, Medien und Berufsausbildung gesonderte Publikationen herausgeben.
- Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex soll die interdisziplinäre Erforschung von langfristigen Folgen rechter Gewalt auf Betroffene vorantreiben sowie die Etablierung von spezieller psychosozialer Betreuung von Betroffenen ermöglichen und optimieren.
- Es soll ein Ort der Anerkennung und Würdigung der Lebensleistung von Gast- und Vertragsarbeiter*innen sein.
- Es soll eine tatsächliche Verbesserung der Situation von Betroffenen herbeiführen, anstatt Symbolpolitik zu betreiben.

Mit einem sinngemäß wiedergegebenen Zitat von Betroffenen aus den Besprechungen, der letzten Tage möchte ich abschließen:

„Bildungsarbeit ist wie Balsam, wie ein Medikament, das erleichtert. Dieses Land hat uns vergessen, dass wir geholt worden sind, dass wir fleißige Gastarbeiter waren, dass wir Steuern bezahlt haben, dass uns unsere Menschen genommen worden sind.“